

Geschäftsstelle BV Hohenlimburg
Frau Bekaam

29.02.2024

Sitzung BV Hohenlimburg 29.02.2024

**TOP 3.1. Informationspflicht zum Umgang mit Bäumen – Maßnahmen im
Dezember 2023, Vorlage: 0092/2024**

Auszug aus der Mail vom 29.02.2024 WBH:

„....es handelt sich lediglich um eine Mitteilung über geplante Fällmaßnahmen im Rahmen der Informationspflicht zum Umgang mit Bäumen. Wenn der Grund für die Fällung von Bäumen erlischt, wie in diesem Fall aufgrund einer möglicherweise veränderten Planung, werden die Bäume natürlich nicht gefällt. Es bedarf meiner Meinung nach keiner Anpassung der vorherigen Mitteilung, da die veränderte Planung wiederum Bestandteil einer Vorlage sein dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Nils Böcker

Personenzertifizierter Sachverständiger (DIN EN ISO/IEC 17024:2012) für die Baumpflege,
Baumsanierung, Baumstatik, Stand- und Bruchsicherheit von Bäumen, Verkehrssicherheit,
Beweissicherung, Gefährdungsanalysen, Baumwertermittlung, Gehölzwertermittlung (Euro-Zert)“

Gez. Bekaam



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Deckblatt

Seite 1

Datum:

27.02.2024

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Fachbereich und ggf. beteiligte Ämter/Fachbereiche:

SZS

20

Betreff: Drucksachennummer: 0223/2024
Gem. Vorschlag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion BfHo hier:
Doppelhaushalt 2024/25: Kunstrasen Ostfeld

Beratungsfolge:
29.02.2024, Bezirksvertretung Hohenlimburg



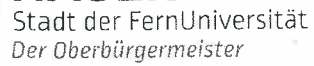
Für den Doppelhaushalt 2024/2025 wurde der Neubau eines weiteren Kunstrasenplatzes für Hohenlimburg in 2025/2026 mit einem Betrag von 1.000.000 € unter dem PSP-I 5.000848 eingeplant und für Haspe die Umsetzung eines Neubaus sowie evtl. eines Kleinspielfeldes für 2029/2030 eingeplant.

Dabei wurde zunächst der Neubau eines weiteren Kunstrasenplatzes in Hohenlimburg am Kirchenberg und anschließend in der Bezirkssportanlage Haspe im Haushaltsplan dargestellt.

Letztendlich ist aufgrund des fehlenden politischen Beschlusses des zuständigen Ausschusses – hier: Sport- und Freizeitausschuss - die Reihenfolge zur Umsetzung der Maßnahmen noch nicht erfolgt, weshalb die Benennung des entsprechenden Kontierungsobjektes dies offenlassen soll. Die Maßnahme trägt daher nun den Titel "Neubau Kunstrasenplatz Hohenlimburg/Haspe". Dies lässt zumindest aber auch den exakten Standort innerhalb Hohenlimburgs zunächst offen.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Henning Keune
Technischer Beigeordneter



Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Fraktion - Bürger für Hohenlimburg

Fragen und Anmerkungen zum Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025

Frage 1:

Für die Sanierung/Renovierung des ehemaligen Hauptschulgebäudes Elsey, welches nunmehr vom Gymnasium Hohenlimburg, der Grundschule Im Kley sowie der Werkstattschule genutzt wird, werden im Haushalt 30.000 Euro veranschlagt (5000644, Ansatz 2024). Vor dem Hintergrund der im Rahmen einer Schulbaubereisung am 23. Mai 2023 gewonnenen Erkenntnisse erscheint dieser Betrag gering. Wir bitten daher um detailliertere Information, welche Maßnahmen mit dem Geld verwirklicht werden und auf welche möglicherweise verzichtet wird.

Antwort:

Zurzeit existieren zwei Aufträge zur Kostenschätzung für zwei kleine WC-Anlagen (GS Im Kley + Werkstattschule). Die Kosten liegen noch nicht vor.

Frage 2:

An welchen Hohenlimburger Schulen sind Sanierungsmaßnahmen der Toilettenanlagen im Haushalt eingeplant?

Antwort:

Über die o.g. Maßnahmen hinaus sind keine weiteren WC-Sanierungen an Hohenlimburger Schulen geplant.

Frage 3:

Welcher Standort ist für die Maßnahme Neubau Kunstrasenplatz (5000848) vorgesehen? In der Beschreibung fehlt die Standortangabe.

Antwort:

Geplant ist der Neubau eines Kunstrasenplatzes in Hohenlimburg, entweder am Standort Kirchenbergstadion oder im Ostfeld. Allerdings ist nicht abschließend geklärt, in welcher Reihenfolge die Kunstrasenplätze entstehen sollen, also ob in den Jahren 2025/26 zuerst o.g. oder ein neuer Kunstrasenplatz in Haspe errichtet wird, der andere folgt dann in den Jahren 2029/30.

Frage 4:

Wir bitten außerdem um eine Erläuterung aller KAG- und BauGB-Straßenbaumaßnahmen bzw. Straßensanierungsmaßnahmen. Bei der Maßnahme Feldstraße (5000584) handelt es sich nach der Beschreibung um eine Maßnahme nach BauGB/KAG. Trifft hier Beides zu, oder muss noch geklärt werden, ob nach KAG oder BauGB? Ziel der Nachfrage insgesamt ist, für alle Straßenbaumaßnahmen bzw. Straßensanierungsmaßnahmen zu klären, ob jeweils die Anwohner zur Kasse gebeten werden oder ob nach dem erwartbaren Wegfall der sogenannten Straßenausbaubeiträge nach KAG keine Kosten für die Anwohner anfallen.

Antwort:

Die Erläuterungen der einzelnen KAG- und BauGB-Maßnahmen können dem Haushaltsplan entnommen werden.

Die Feldstr. ist von Oststraße bis Wendehammer abgerechnet. Ausbaumaßnahmen würden nach den aktuellen KAG-Regularien erfolgen. Der Stichweg zwischen den Häusern 35a und 45 ist momentan eine Privatstraße. Der Feldweg von Oeger Str. bis Oststraße ist nach BauGB noch nicht abgerechnet.

Frage 5:

Die potentielle Maßnahme 5000622 (Rathaus Hohenlimburg), die eine potentielle Öffnung durch den parallel zur Lenne verlaufenden Rathausflügel zum Gegenstand hat, wurde zuletzt im Rahmen von INSEK-Erläuterungen verwaltungsseits kritisch gesehen. Auch unsere Fraktion kann sich hierfür nicht begeistern, zumal die Maßnahme in Konflikt mit bereits auf dem Weg befindlichen InSEK-Maßnahmen stehen könnte (Begrünungsmaßnahme Rathaus). Es wird daher um Erläuterung gebeten: Steht die Maßnahme noch zur Debatte, oder ist sie aufzugeben?

Antwort:

Die Maßnahmenkonzeption des InSEK Hagen-Hohenlimburg befindet sich, wie der BV Hohenlimburg bekannt, in der Neuausrichtung. Auch die Maßnahme "Rathaus Hohenlimburg" ist von dieser betroffen. Wie korrekt dargestellt, wird diese Maßnahme als kritisch angesehen. Dennoch bedeutet dies nicht, dass die Maßnahme ersatzlos gestrichen werden kann, da im Rahmen der Neuausrichtung eine alternative Maßnahme entwickelt wird.

Fragen zum Haushalt Bezirksvertretung Hohenlimburg

Für die Sanierung/Renovierung des ehemaligen Hauptschulgebäudes Elsey, welches nunmehr von Gymnasium Hohenlimburg, Grundschule Im Kley sowie Werkstattschule genutzt wird, werden im Haushalt 30.000 Euro veranschlagt (5000644, Ansatz 2024). Vor dem Hintergrund der im Rahmen einer Schulbaubereisung am 23. Mai 2023 gewonnenen Erkenntnisse erscheint dieser Betrag gering. Wir bitten daher um detailliertere Information, welche Maßnahmen mit dem Geld verwirklicht werden und auf welche möglicherweise verzichtet wird.

An welchen Hohenlimburger Schulen sind Sanierungsmaßnahmen der Toilettenanlagen im Haushalt eingeplant?

Welcher Standort ist für die Maßnahme Neubau Kunstrasenplatz (5000848) vorgesehen? In der Beschreibung fehlt die Standortangabe.

Wir bitten außerdem um eine Erläuterung aller KAG- und BauGB-Straßenbaumaßnahmen bzw. Straßensanierungsmaßnahmen. Bei der Maßnahme Feldstraße (5000584) handelt es sich nach der Beschreibung um eine Maßnahme nach BauGB/KAG. Trifft hier Beides zu, oder muss noch geklärt werden, ob nach KAG oder BauGB? Ziel der Nachfrage insgesamt ist, für alle Straßenbaumaßnahmen bzw. Straßensanierungsmaßnahmen zu klären, ob jeweils die Anwohner zur Kasse gebeten werden oder ob nach dem erwartbaren Wegfall der sogenannten Straßenausbaubeiträge nach KAG keine Kosten für die Anwohner anfallen.

Die potentielle Maßnahme 5000622 (Rathaus Hohenlimburg), die eine potentielle Öffnung durch den parallel zur Lenne verlaufenden Rathausflügel zum Gegenstand hat, wurde zuletzt im Rahmen von INSEK-Erläuterungen verwaltungsseits kritisch gesehen. Auch unsere Fraktion kann sich hierfür nicht begeistern, zumal die Maßnahme in Konflikt mit bereits auf dem Weg befindlichen InSEK-Maßnahmen stehen könnte (Begrünungsmaßnahme Rathaus). Es wird daher um Erläuterung gebeten: Steht die Maßnahme noch zur Debatte, oder ist sie aufzugeben?

F.d.R.:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schmidt H', is shown within a light gray rectangular box.

Frank Schmidt (Fraktion Bürger für Hohenlimburg)



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

WBH

Betreff: Drucksachennummer: |
Anfrage gem. § 5 i.V.m. § 25 GeschO in der BV Hohenlimburg am 29.02.2024
Strassenbeschaffenheit auf der Brücke (B7) über die Bahnlinie

Beratungsfolge:



Aufgrund der Betrauung durch die Stadt Hagen fällt die Angelegenheit in die alleinige Zuständigkeit des WBH AöR !

Anfrage:

Plant die Verwaltung, diesen Bodenbelag kurzfristig wieder instand zu setzen, um Radfahr- und Motorradunfälle zu vermeiden?

Wenn Längsrillen auf Fahrbahnen sind, wird normalerweise durch ein Verkehrszeichen davor gewarnt. Ist zumindest daran gedacht, mit einem Hinweisschild auf die Gefahrenstelle hinzuweisen?

Stellungnahme Wirtschaftsbetrieb Hagen:

Der WBH wird den in Rede stehenden Bereich noch einmal kontrollieren. Wenn sich an der damaligen Situation etwas Gravierendes verändert hat, wird der WBH nachbessern und ggf. ein Warnhinweisschild aufstellen.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

HAGEN Stadt der FernUniversität Der Oberbürgermeister		Deckblatt Seite 1	Datum: 26.02.2024
ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME			
<p>Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:</p> <p>Fachbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung</p>			
<p>Betreff: Drucksachennummer: 0200/2024</p> <p>Anlieferparkplätze im Zentrum Hohenlimburg</p>			
<p>Beratungsfolge:</p> <p>BV Hohenlimburg am 29.02.2024</p>			



Sofern die CDU-Fraktion in der BV Hohenlimburg um Auskunft bittet, wie die Lieferanten die im März 2023 eingerichteten Anlieferparkplätze im Zentrum von Hohenlimburg annehmen und ob sich die Anlieferverkehre in der Fußgängerzone verringert haben, muss mitgeteilt werden, dass hierzu keine auswertbaren Zahlen vorliegen.

Seit der Installation der Parkplätze wurden mit Stand heute 80 Fahrzeuge verwarnt, welche außerhalb der Lieferzeiten in die Fußgängerzone Hohenlimburg eingefahren sind und ihre Fahrzeuge dort abgestellt haben. Dabei ist aufgefallen, dass es sich überwiegend um Fahrzeuge von Post- und Paketdiensten handelt.

HAGEN
Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister



Deckblatt

Seite 1

Datum:
28.02.2024

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

FB 60

Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung & Wohnen

Betreff: Drucksachennummer: 0202/2024
Anfrage gem. § 5 i.V.m. § 25 GeschO in der BV Hohenlimburg am 29.02.2024
Hundewiesen

Beratungsfolge:
29.02.2024 Bezirksvertretung Hohenlimburg



Anfrage:

Im Haushaltsplan 2024/2025 sind Gelder für die Errichtung von Hundewiesen in den Stadtteilen ausgewiesen.

Bleibt es für Hohenlimburg bei dem Standort Grünanlage Hohenlimburger Straße neben der Skateranlage?

Wann ist mit der Ausführung zu rechnen?

Stellungnahme des Fachbereichs:

In seiner Sitzung am 21.02.2024 hat der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2024/2025 zur Einplanung von 208.000 € für die Errichtung von Hundewiesen in den Stadtteilen folgenden Beschluss gefasst:

Der UKM beschließt, dass die in den kommenden Jahren vorgesehene Investitionssumme von 208.000 € nicht für die Errichtung von Hundewiesen vorgesehen wird.

Daher kann die Verwaltung zur Zeit keine Aussage dazu machen, wann eine Hundewiese in Hohenlimburg hergestellt werden kann, da der Beschluss, ob überhaupt Hundewiesen in Hagen entstehen, jetzt von den weiteren Haushaltsplanberatungen und am Ende vom Beschluss des Rates der Stadt Hagen abhängen.



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

60 Fachbereich Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen

Betreff:
Lenneradweg

Drucksachennummer:

0203/2024

Beratungsfolge:

29.02.24 Bezirksvertretung Hohenlimburg



Bezugnehmend auf den Antrag gem. § 5 (1) GeschO „Lenneradweg“ kann folgender Sachstand mitgeteilt werden:

Die Verwaltung wird um einen Sachstandsbericht zum Thema Lenneradweg gebeten. Lt. Haushaltsplan ist der erste Abschnitt ausgeschrieben. Gibt es Reaktionen, und wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?

Mit Beschluss des Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität am 03.05.23 wurde die Vergabe der Planungsleistung für den ersten Abschnitt des Lenneradwegs beschlossen (vgl. DS.Nr.: 0125/2023). Eine Ausschreibung der Planung (bis Leistungsphase 3) ist daraufhin erfolgt und ein Auftrag konnte im September 2023 vergeben werden.

Erste Planungsüberlegungen für den Bereich zwischen Stennertbrücke und Kettenbrücke wurden der Verwaltung bereits vorgestellt. Im weiteren Verlauf der zu planenden Trasse im Bereich des Brucker Platzes besteht ein enger Zusammenhang mit dem INSEK Hohenlimburg. Erkenntnisse aus einer Machbarkeitsstudie zur Öffnung der Hochwasserschutzwand sind auch für die weitere Planung des Lenneradwegs relevant, weshalb diese für die weitere Planung in diesem Bereich abgewartet werden müssen. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden im Sommer 2024 erwartet.

Um mit dem Bau des Lenneradwegs beginnen zu können müssen zunächst die Planungen abgeschlossen und politisch beschlossen werden. Danach wird ein Förderantrag zur Finanzierung der Umsetzung gestellt. Nach Erhalt der Bewilligung kann eine Ausschreibung der Bauleistung erfolgen. Bei einer Förderantragsstellung im Jahr 2025 ist beispielsweise mit einer Bewilligung in 2026 zu rechnen. Arbeiten könnten daraufhin Ende 2026/ Anfang 2027 beginnen. Ob ein Förderantrag in 2025 gestellt werden kann hängt von den weiteren Planungen (und sich ggf. ergebenden Problemstellungen ab).

Der BV Hohenlimburg werden die Planungen zu gegebener Zeit in einer Vorlage vorgestellt und zum Beschluss vorgelegt.

Wurden für den zweiten und dritten Abschnitt bereits Gespräche mit den entsprechenden Firmen (z.B. Bilstein) und der Deutschen Bahn geführt?

Derzeit wurden noch keine Gespräche geführt, da die Kapazität zunächst in der Ausschreibung und der Planung des ersten Abschnittes eingesetzt wurde. Dennoch sollen erste Gespräche parallel noch vor tatsächlichem Planungsbeginn des zweiten Bauabschnittes geführt werden.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Amt/Eigenbetrieb:

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

23/2
9/13 J.H. 22.02.24

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

WBH

Betreff: Drucksachennummer: 0206/2024
Anfrage gem. § 5 (1) GeschO des Rates in der BV Hohenlimburg am 29.02.2024 zur
Wiederherstellung der Berchumer Str.

Beratungsfolge:
29.02.2024 Bezirksvertretung Hohenlimburg



Aufgrund der Betrauung durch die Stadt Hagen fällt die Angelegenheit in die alleinige Zuständigkeit des WBH AöR !

Stellungnahme WBH:

Die Wiederherstellung der Berchumer Straße seitens des WBH erfolgt, sobald die Autobahn GmbH, die die Maßnahme Lennetalbrücke vom Landesbetrieb Straßen NRW übernommen hat, eine Kostenübernahmeerklärung für die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten beim WBH eingereicht hat.

Die erforderlichen Abstimmungen zwischen der Autobahn GmbH, dem Straßenbaulastträger und dem WBH haben vor Ort stattgefunden. Der Autobahn GmbH wurde eine Kostenschätzung für die erforderlichen Maßnahmen von 250.000 € genannt.

Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand wird die Kostenübernahmeerklärung sowie der Umfang der zu übernehmenden Kosten durch die Autobahn GmbH derzeit intern in der Rechtsabteilung der Autobahn GmbH geprüft. Trotz wiederholter Nachfrage bei der Autobahn GmbH ist bis heute kein Ergebnis bei der Stadt Hagen oder beim Wirtschaftsbetrieb Hagen eingegangen. Die Autobahn GmbH wurde wiederholt vom Straßenbaulastträger der Stadt Hagen bereits mehrere Male an ihre Verpflichtung einer Kostenübernahmeerklärung an WBH erinnern. Ohne die Kostenübernahmeerklärung kann die Maßnahme noch nicht ausgeschrieben werden.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung



Ja



Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

40

Betreff: Drucksachennummer: 0207/2024
Schriftliche Stellungnahme zur Frage der Vermietung von Lehrerparkplätzen in
Hohenlimburg

Beratungsfolge:
BV Hohenlimburg



Die schriftliche Anfrage der CDU vom 16.02.2024 wird wie folgt beantwortet:

Frage:

Wieviele der ausgewiesenen Lehrerparkplätze sind in Hohenlimburg derzeit dauerhaft vermietet?

Im Haushalt 2024/2025 sind in Hagen jeweils 25.000.-€ für die Beschaffung und Errichtung von Lehrerparkplätzen eingeplant (ab 2026 sogar 27.000.-€). Steht das noch in Relation zu den erzielten oder erzielbaren Mieteinnahmen?

Antwort der Verwaltung:

In Hohenlimburg sind im Bereich der Lehrerparkplätze aktuell lediglich die Parkplätze am Gymnasium Hohenlimburg bewirtschaftet. Dort sind aber nur 2 Stellplätze vermietet. Der Ansatz von 25.000€ im Gesamtstädtischen Haushalt für die Errichtung und Beschaffung von Schrankenanlagen bei Lehrerparkplätzen ist für die Neuerrichtung weiterer Parkplätze über die bereits bestehenden hinaus eingeplant. Hierzu wurde die Verwaltung in der Vergangenheit vom Rat beauftragt. Der Ausbau ist jedoch aufgrund sehr geringer Nachfrage an den erweiterungsfähigen Standorten mit Problemen verbunden.

Aktuell werden jährliche Einnahmen von 103.800€ aus dem gesamten Stadtgebiet durch die Vermietung von bereits bestehenden Lehrerparkplätzen erzielt. (Stand 01.12.2023).

gez.

Martina Soddemann

Beigeordnete für Jugend & Soziales, Bildung, Integration und Kultur



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

Vorstandsbereich für Stadtentwicklung, Bauen und Sport

Betreff: Drucksachennummer: 0209/2024
Umplanung Bad Henkhausen - aktueller Sachstand

Beratungsfolge:



Die BV Hohenlimburg befasste sich zuletzt am 18.10.2023 mit dem Thema. In der Sitzung wurde über den aktuellen Verfahrensstand des Vergabeverfahrens für einen Generalübernehmer und der bevorstehenden Beauftragung eines solchen berichtet.

Mit Datum vom 06.10.2023 hat der einzige interessierte Bieter der HSV-Betriebsgesellschaft mbH ein Angebot für die Ausführung des Projektes als Generalübernehmer vorgelegt, welches den bisher vom Rat genehmigten Zuschuss (inkl. Förderung) deutlich überschritten hat.

Mit Beschlussfassung vom 02.11.2023 hat der Rat beschlossen die zusätzlichen Kosten durch einen erhöhten Zuschuss für die HSV-Betriebsgesellschaft mbH zu finanzieren, da sie selbst nicht in der Lage ist die Zusatzkosten zu tragen und den Generalübernehmer zu beauftragen die Umplanung des Freibades zu konkretisieren.

Die Beauftragung des Generalübernehmers durch die HSV-Betriebsgesellschaft mbH hat unmittelbar nach Beschlussfassung stattgefunden.

Seitdem finden alle zwei Wochen Planungsgespräche mit den verantwortlichen Planern, der HSV-Betriebsgesellschaft mbH und der Verwaltung statt, um die Planung zu finalisieren und für den Bauantrag vorzubereiten.

Parallel ist durch die HSV-Betriebsgesellschaft mbH ein verkehrstechnisches- und schalltechnisches Gutachten beauftragt worden, das sich in der finalen Bearbeitung befindet und dem Bauantrag beigelegt werden soll.

In Abstimmung mit der HSV-Betriebsgesellschaft mbH, dem beratenden Projektsteuerer und den verantwortlichen Planern der Fa. Depenbrock Systembau GmbH ist die Einreichung des Bauantrages für Mitte / Ende März vorgesehen.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Erik O. Schulz

Oberbürgermeister

Gesehen:

Christoph Gerbersmann

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Henning Keune

Beigeordnete/r

Die Betriebsleitung

Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

VB5/P-2

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

WBH

Betreff: Drucksachennummer: 0212/2024
Anfrage gem. § 6 GeschO des Rates in der BV Hohenlimburg am 29.02.2024 zu
Markierungsarbeiten am Parkplatz der Sparkasse Elsey

Beratungsfolge:



Aufgrund der Betrauung durch die Stadt Hagen fällt die Angelegenheit in die alleinige Zuständigkeit des WBH AöR !

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gebeten, die Erneuerung der Parkplatzmarkierungen auf dem Parkplatz vor der Sparkasse Elsey zu veranlassen

Stellungnahme Wirtschaftsbetrieb Hagen:

Der Wirtschaftsbetrieb Hagen wird, sobald es die Witterung im Frühjahr zulässt, die Parkplatzmarkierungen auf dem Parkplatz vor der Sparkasse Elsey erneuern.

Diese wurde schon im Vorfeld mit der Stadtverwaltung abgestimmt.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Henning Keune

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Deckblatt

Seite 1

Datum:

27.02.2024

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Fachbereich und ggf. beteiligte Ämter/Fachbereiche:

SZS

20

Betreff: Drucksachennummer: 0223/2024
Gem. Vorschlag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion BfHo hier:
Doppelhaushalt 2024/25: Kunstrasen Ostfeld

Beratungsfolge:
29.02.2024, Bezirksvertretung Hohenlimburg



Für den Doppelhaushalt 2024/2025 wurde der Neubau eines weiteren Kunstrasenplatzes für Hohenlimburg in 2025/2026 mit einem Betrag von 1.000.000 € unter dem PSP-I 5.000848 eingeplant und für Haspe die Umsetzung eines Neubaus sowie evtl. eines Kleinspielfeldes für 2029/2030 eingeplant.

Dabei wurde zunächst der Neubau eines weiteren Kunstrasenplatzes in Hohenlimburg am Kirchenberg und anschließend in der Bezirkssportanlage Haspe im Haushaltsplan dargestellt.

Letztendlich ist aufgrund des fehlenden politischen Beschlusses des zuständigen Ausschusses – hier: Sport- und Freizeitausschuss - die Reihenfolge zur Umsetzung der Maßnahmen noch nicht erfolgt, weshalb die Benennung des entsprechenden Kontierungsobjektes dies offenlassen soll. Die Maßnahme trägt daher nun den Titel "Neubau Kunstrasenplatz Hohenlimburg/Haspe". Dies lässt zumindest aber auch den exakten Standort innerhalb Hohenlimburgs zunächst offen.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Henning Keune
Technischer Beigeordneter



HAGEN

Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

**TEXT DER
STELLUNGNAHME**

Seite 3

Datum:
27.02.2024

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja


☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus



**Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Amt/Fachbereich:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Fachbereich:

Anzahl:



ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

60 Fachbereich Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen

WBH Wirtschaftsbetrieb Hagen

Betreff: Drucksachennummer: 0225/2024
Lärmschutzwand längs der Bahnstraße

Beratungsfolge:
29.02.2024 Bezirksvertretung Hohenlimburg



Die DB war nach der Errichtung der Lärmschutzwand entlang der Bahnstrecke verpflichtet, die von der Stadt in Anspruch genommenen Flächen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Da die Genehmigung zur Inanspruchnahme der städtischen Grundstücksflächen bereits 2016 erteilt wurde, konnten die Bedingungen aus dem Beschluss der BV Hohenlimburg vom 28.5.2020 nicht der DB zur Auflage gemacht werden.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen der DB wurde in einem Ortstermin Mitte 2021 festgestellt, dass die Grünflächen durch die DB nicht ordnungsgemäß wiederhergestellt wurden und seitens der DB noch Nachbesserungsarbeiten erforderlich sind. Im Anschluss daran, hat der WBH die notwendigen Maßnahmen gemäß der Vereinbarung aus 2016 aufgelistet und die DB aufgefordert, die Nachbesserungen durchzuführen. Die vollständige Abnahme sollte nach Beendigung der Fertigstellungspflege erfolgen. Durch das Hochwasserereignis im Sommer 2021 hat sich der Zustand der Grünflächen noch verschlechtert.

In einem weiteren Ortstermin mit dem WBH in der 9.KW soll der derzeitige Zustand begutachtet werden. Danach wird entschieden, welche Maßnahmen unter Berücksichtigung des Beschlusses der BV Hohenlimburg notwendig sind und welche Kosten dafür anfallen werden. Im Anschluss daran muss geprüft werden, inwieweit die DB noch zur Verantwortung gezogen werden kann oder der WBH beauftragt werden muss.

Da derzeit nicht geklärt ist, ob und falls ja in welcher Höhe die Stadt eigene finanzielle Mittel für die Herrichtung des Grünstreifens entlang der Lärmschutzwand benötigt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Einplanung im Haushalt vorgenommen werden.



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichnen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

SV Hohenlimburg 1910 e.V.



Sportverein Hohenlimburg 1910 e.V.

SV Hohenlimburg 1910 e.V. - Postfach 5434 - 58104 Hagen

An die
Bezirksvertretung Hohenlimburg
z. Hd. Herrn Bezirksbürgermeister
Jochen Eisermann
Freiheitstr. 3
58119 Hagen-Hohenlimburg

SV Hohenlimburg 1910 e.V.

- Hauptverein / Vorstand -

Bernd Preußner

~~0151 1234 5678~~ 22

58644 Iserlohn

E-Mail: ~~bernd.preussner@svh1910.de~~@online.de

Tel-Nr.: ~~02334 5434~~ 31

Hagen, 3.1.2024

Betr.: „Mädchen an den Ball“

Antrag auf Bezuschussung

**Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksvertretung,**

der SV Hohenlimburg 1910 e.V. plant für einen Zeitraum von 12 Monaten ab April / Mai 2024 das vorbildliche außerschulische Bildungsprojekt „Mädchen an den Ball“ im Erich-Berlet-Stadion in Hohenlimburg durchzuführen.

„Mädchen an den Ball“ sorgt aktuell bundesweit für Furore und wird ideell und medial von DFB, ARD, ZDF und Sport 1 begleitet.

Allein in München sind aktuell 1000 Schülerinnen im Alter von 6 – 16 Jahren in den jeweils auf 12 Monate konzipierten Projekten involviert. Mittlerweile wird „Mädchen an den Ball“ auch in einigen NRW-Städten durchgeführt: Bochum, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Mönchengladbach, Herne.

Die Zielsetzung des Projekts ist es, Mädchen zwischen 6 und 16 bei der Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und die Freude an körperlicher Betätigung zu wecken. Neben dem Spaß an der Bewegung und am Fußballsport geht es bei diesem außerschulischen Bildungsangebot auch um die Vermittlung von Sekundärtugenden wie Integrationsbereitschaft, Teamfähigkeit, Fairness, Verlässlichkeit, Rücksichtnahme, Verantwortungsbewusstsein. Auch der gemeinsame Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen ist inbegriffen.

www.svhohenlimburg1910.de

Vereinslokal: Zehner Treff, Berliner Allee 54, 58119 Hagen, Telefon 02334-50 25 47

Sportplatz: Kirchenbergstadion, Telefon 02334-59177

Vereinsanschrift: Postfach 5434, 58104 Hagen

SV Hohenlimburg 1910 e.V.



Sportverein Hohenlimburg 1910 e.V.

Zur Zielgruppe gehören vor allen Dingen auch Mädchen, die nicht in Fußballvereinen organisiert sind und die gegebenenfalls auch ohne irgendwelche Vorerfahrungen und Kenntnisse einfach mal „Fußball ausprobieren“ wollen.

Die Teilnehmerakquise erfolgt in allen Schulen und mit Unterstützung der Schul- und Sportverwaltung.

Die Teilnahme selbst beruht auf Freiwilligkeit, ohne feste Anmeldungen, in Jahrgangsstufen und kostenlos. Das Angebot läuft über ein Jahr und einmal in der Woche von 16 bis 18 Uhr. Späteres Bringen, früheres Abholen ist möglich. Bei sehr schlechtem Wetter ist das Ausweichen in eine Turnhalle oder aber in die Berlet-Arena avisiert.

Eines ist gewiss: Die potentiellen Teilnehmerinnen werden nach 12 Monaten mit viel Selbstvertrauen, Bewegungsfreude und erweiterten Kommunikations- und Interaktionsfähigkeiten ausgestattet sein.

Kooperationspartner des SV Hohenlimburg 1910 bei „Mädchen an den Ball“ ist der als Jugendhilfeträger anerkannte „Bildungs- und Kulturverein BIKU e.V.“.

Insgesamt ist für das auch unter sozial- und sportpädagogischen Gesichtspunkten sehr anspruchsvolle Projekt für die Dauer von 12 Monaten ein Gesamtbetrag in Höhe von insgesamt 15.000 Euro erforderlich, die für drei qualifizierte Trainer, Projektbegleitung, Trainings-Ausstattung, „Mädchentreff“ (Container), Werbung, Eintrittsgelder etc. aufgebracht werden müssen.

Ohne Unterstützung durch Sponsoren ist das Projekt trotz der vom SV Hohenlimburg 1910 (21 Mannschaften, davon 16 Jugendmannschaften, 648 Mitglieder) und vom BIKU e.V. eingebrachten Ressourcen in Höhe von ca. 4.000 Euro bei Weitem nicht realisierbar!

Da auch eine städtische Bezuschussung des Projekts aufgrund der Haushaltsbeschränkungen nicht möglich ist, wendet sich der SV Hohenlimburg an die Bezirksvertretung Hohenlimburg mit der Bitte um wohlwollende Unterstützung und einen Zuschussbetrag von 2.500 Euro.

Das Scheitern des Projekts wäre nicht zuletzt auch deshalb sehr schade, weil es nicht nur durch seinen wertorientierten, sozialpädagogischen und sportlichen

www.svhohenlimburg1910.de

Vereinslokal: Zehner Treff, Berliner Allee 54, 58119 Hagen, Telefon 02334-50 25 47

Sportplatz: Kirchenbergstadion, Telefon 02334-59177

Vereinsanschrift: Postfach 5434, 58104 Hagen

SV Hohenlimburg 1910 e.V.



Sportverein Hohenlimburg 1910 e.V.

Background für junge Mädchen gerade in der heutigen Zeit attraktiv und förderlich ist, sondern zeitlich auch mit dem zu erwartendem „Hype“ der in Deutschland stattfindenden Fußball-Europameisterschaft zusammenfällt. Auch bezüglich der erfreulichen Bewerbung der Stadt Hagen als Standort für eine Teilnehmerinnen - Mannschaft der in NRW stattfindenden Frauen WM 2027 (Erich-Berlet-Stadion?) wäre „Mädchen an den Ball“ auch im Vorfeld der DFB-Entscheidungen ein aussagekräftiges Beispiel für das Engagement Hagens im Mädchenfußball und im Vereinssport.

Finanzierungsplan:

Kosten des Gesamtprojekts ohne der darüber hinaus eingebrachten Ressourcen des SV Hohenlimburg 1910 und des Bildungs- und Kulturverein BIKU e.V. :

15.000 € für u.a. drei qualifizierte Trainer, Projektbegleitung, Trainingsausstattung, „Mädchentreff“ (Container), Werbung, Eintrittsgelder etc.

12.500 € Eigenanteil und weitere Sponsoren

Für weitere Informationen und Nachfragen steht der SV Hohenlimburg selbstverständlich jederzeit zu Verfügung.

Mit freundlichen und sportlichen Grüßen

Bernd Preußner

www.svhohenlimburg1910.de

Vereinslokal: Zehner Treff, Berliner Allee 54, 58119 Hagen, Telefon 02334-50 25 47

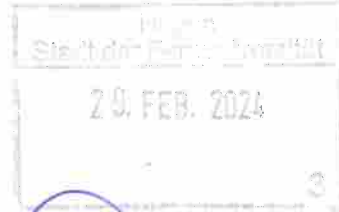
Sportplatz:Kirchenbergstadion, Telefon 02334-59177

Vereinsanschrift: Postfach 5434, 58104 Hagen

Anlage zu Vorlage 0220/2024

Antrags- und Beschlusscontrolling						Stand: 29.02.2024
DS-Nr.	Titel	Antragsteller	Beschluss- datum	zuständ. FB	Bearbeitungsstand	Grund/Bemerkung
0037/2024	Beleuchtung für das Hinweisschild und Pflege des Rondells am Margot-Stern Platz Verbesserung der Attraktivität und Sicherheit	CDU	18.01.2024	60, 20, WBH	in Bearbeitung	Terminvereinbarung erforderlich
0052/2024	Schäden an der Sudetenstraße	BfHo	18.01.2024	WBH	in Bearbeitung	Beseitigung Schädstellen, wenn die Witterung es zulässt
0054/2024	Neuinstallation der Elektroanlagen für Großveranstaltungen auf dem Marktplatz Hohenlimburg	BBM	18.01.2024	WBH	in Bearbeitung	Gesprächstermin erfolgte am 20.02.2024; weitere Bearbeitung läuft; ggfs. mündliche Infos in der Sitzung am 29.02.2024
0059/2024	Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses vom 28.05.2020, Vorlagennummer 0438/2020	BBM	18.01.2024	60	in Bearbeitung	DB und Stadt wollen Eigentumsverhältniss erkläre, auf der die LSW steht; Vermessung bisher nicht vollständig erfolgt. Erneute Kontaktaufnahme des FB mit DB am 22.02.2024 per Mail erfolgt.

Anlage zu TOP 4.7. - Stellungnahme Ver.di zu verkaufsoffenem Sonntag



ver.di • Hochstr. 117 a • 58095 Hagen

Stadt Hagen
Rathaus II
z. Hd. Frau Möbus, B.211
Berliner Platz 22
58095 Hagen

Bezirk Südwestfalen

Fachbereich Handel

Empfang 32
am 04.03.24

monika.grothe@verdi.de
www.verdi.de

Zentrale: 0 23 31 / 1 67 71
Durchwahl: 0 23 31 / 16 77
- 24

28. Februar 2024

Empfang per Email
28.02.2024
Unsere Zeichen:
mg

Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Regelung besonderer Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen

Sehr geehrte Frau Möbus,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Antrag auf Zulassung von Sonntagsöffnungen von Verkaufsstätten im Jahr 2024 in Hohenlimburg am 05.05.2024 nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Öffnung von Verkaufsstellen am Sonntag bedeutet für die Beschäftigten des Einzelhandels Sonntagsarbeit, sie können an diesen Sonntagen nichts mit ihren Freunden und Familien unternehmen, nicht am kulturellen und politischen Leben teilnehmen. Deswegen werden verkaufsoffene Sonntage von uns aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt.

Umgekehrt hat das Interesse der Verkaufsstelleninhaber an einer Öffnung der Geschäfte grds. ein geringeres Gewicht. Das Bundesverwaltungsgericht hat dazu ausgeführt:

„Weder das Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber, die von der Anziehungskraft der Veranstaltung profitieren, noch das Shopping-Interesse potenzieller Kunden kommen als Sachgründe einer Sonntagsöffnung in Betracht (vgl. oben Rn. 15). Dem Versorgungsinteresse kommt angesichts der völligen Freigabe werktäglicher Öffnungszeiten (§ 3 Abs. 1 LadÖG BW) und der weitreichenden Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsöffnung, die nach §§ 4 bis 6 und 7 bis 9 LadÖG BW für dort näher bezeichnete Verkaufsstellen, Orte und Warengruppen gelten, kein nennenswertes Gewicht mehr zu. Das gilt erst recht, wenn bereits die Anlassveranstaltung dem Warenverkauf und der Bedarfsdeckung dient.“

Veranstaltungen im Sinne des § 8 Abs. 1 Satz 1 LadÖG BW können daher nur Ladenöffnungen von geringer prägender Wirkung für den öffentlichen Charakter des betreffenden Sonntags rechtfertigen (vgl. BVerfG, Urteil vom 1. Dezember 2009 - 1 BvR 2857, 2858/07 - BVerfGE 125, 39 <100>).

Dazu muss die öffentliche Wirkung der anlassgebenden Veranstaltung größer sein als die der Ladenöffnung und der dadurch ausgelösten werktäglichen Geschäftigkeit, sodass die Ladenöffnung als bloßer Annex der Veranstaltung erscheint (BVerwG, Urteile vom 11. November 2015 - 8 CN 2.14 - BVerwGE 153, 183 LS 2 und Rn. 23 f. und vom 12. Dezember 2018 - 8 CN 1.17 - BVerwGE 164, 64 Rn. 19) und zugleich als anlassbedingte Ausnahme vom Sonntagsschutz erkennbar wird". BVerwG, Urteil vom 22. Juni 2020 – 8 CN 1/19 –, BVerwGE 168, 338-356, Rn. 21.

Bei Ladenöffnungen im Zusammenhang mit örtlichen Veranstaltungen nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LÖG NRW muss nach höchstrichterlicher Rechtsprechung gewährleistet sein, dass die Veranstaltung – und nicht die Ladenöffnung – das öffentliche Bild des betreffenden Sonntags prägt. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10. Dezember 2021 – 4 B 1857/21.NE –, Rn. 16, juris.

Dies erfordert zunächst eine räumliche Beschränkung des Bereichs, in dem die Ladenöffnung gestattet wird.

Das BVerwG hat mit Urteil vom 22. Juni 2020 die Anforderungen an die räumliche Ausdehnung einer Ladenöffnung präzisiert. Die Ladenöffnung darf sich danach nicht auf Gebiete erstrecken, in denen der Bezug zum Veranstaltungsgeschehen für die Öffentlichkeit nicht mehr zu erkennen ist. „Um diese Erkennbarkeit zu gewährleisten, müssen anlassbezogene Sonntagsöffnungen in der Regel auf das räumliche Umfeld der Anlassveranstaltung beschränkt werden (BVerwG, Urteile vom 11. November 2015 - 8 CN 2.14 - BVerwGE 153, 183 Rn. 25 und vom 12. Dezember 2018 - 8 CN 1.17 - BVerwGE 164, 64 Rn. 20).

Zu erkennen ist der Bezug zum Veranstaltungsgeschehen in dem räumlichen Bereich, der von der Ausstrahlungswirkung der Veranstaltung erfasst wird. Das ist der Bereich, in dem die Veranstaltung das öffentliche Bild des betreffenden Sonntags prägt (VGH München, Beschluss vom 21. März 2018 - 22 NE 18.204 - juris Rn. 25, 28 f.). Die prägende Wirkung muss dabei von der Veranstaltung selbst und nicht nur von dem durch sie ausgelösten Ziel- und Quellverkehr ausgehen. Die Ausstrahlungswirkung erstreckt sich also nicht auf den gesamten Einzugsbereich der Veranstaltung und auch nicht auf alle vom Ziel- und Quellverkehr genutzten Verkehrswege und Parkflächen. Werbemaßnahmen oder Hinweisschilder in einem nicht vom Veranstaltungsgeschehen geprägten Bereich können den erforderlichen Bezug ebenfalls nicht vermitteln.“ BVerwG, Urteil vom 22. Juni 2020 – 8 CN 1/19 –, BVerwGE 168, 338-356, Rn. 24 – 25

Ausnahmen von diesem Erfordernis gibt es nach der Rechtsprechung nur von besonderen Veranstaltungen:

„Ausnahmen vom Regelerfordernis der räumlichen Begrenzung auf das Umfeld der Veranstaltung kommen beispielsweise bei mehrtägigen Großveranstaltungen von nationalem oder internationalem Rang in Betracht, wenn deren Besucher im gesamten Gebiet der Kommune untergebracht und versorgt werden (vgl. BVerfG, Urteil vom 1. Dezember 2009 - 1 BvR 2857, 2858/07 - BVerfGE 125, 39 <98>).“

BVerwG, Urteil vom 22. Juni 2020 – 8 CN 1/19 –, BVerwGE 168, 338-356, Rn. 26.

Kommunale Veranstaltungen mit mehrjähriger Tradition rechtfertigen es also nicht den Bereich der Ladenöffnung auszuweiten.

Das OVG NW folgt dieser Rechtsprechung, vgl. Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 10. Dezember 2021 – 4 B 1857/21.NE –, Rn. 39, juris.

In diesem räumlichen Umfeld der Veranstaltungen ist eine Ladenöffnung nur möglich, wenn das Geschehen durch die Veranstaltung und nicht durch die Ladenöffnung geprägt ist. Dies ist grds. durch eine vergleichende Besucherprognose zu ermitteln. Die Vermutungsregel des § 6 Abs. 1 Satz 3 LÖG, wonach ein öffentliches Interesse an der Ladenöffnung vermutet wird, wenn sie in zeitlichem und räumlichem Zusammenhang mit der Veranstaltung stattfindet, bezieht sich nach der Rechtsprechung des OVG NW nur im unmittelbaren Umfeld der Veranstaltungen.

„Gerade bei Veranstaltungen, die einen „beträchtlichen Besucherstrom“ anziehen, ist diese Vermutungsregel verfassungsrechtlich ohne Verletzung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses dann zulässig, wenn sich die Ladenöffnungsmöglichkeit im Wesentlichen auf das unmittelbare Umfeld der Veranstaltung bezieht und zeitgleich mit ihr stattfindet. Das gilt erst recht, wenn sich eine Veranstaltung, gerade wenn sie auf Grund ihrer konkreten Ausgestaltung die Eindrücke in einem eng gefassten Veranstaltungsbereich maßgeblich prägen kann, räumlich im Wesentlichen auf einen begrenzten Straßeneinzugsbereich beschränkt und sie wegen ihrer engen räumlichen Begrenzung ohnehin von vergleichsweise geringer prägender Wirkung für den öffentlichen Charakter des Tages ist, die Ruhe insbesondere in angrenzenden und entfernteren Bereichen gewahrt bleibt. Vgl. BVerfG, Urteil vom 1.12.2009 – 1 BvR 2857/07 u. a. –, BVerfGE 125, 39 = juris, Rn. 187; OVG NRW, Beschluss vom 25.4.2019 – 4 B 517/19.NE –, juris, Rn. 41; siehe hierzu auch BVerwG, Urteil vom 11.11.2015 – 8 CN 2.14 –, BVerwGE 153, 183 = juris, Rn. 22.

Die durch die Vermutungsregelung mögliche Vereinfachung der den örtlichen Ordnungsbehörden aufgegebenen Prüfung eines Sachgrundes von hinreichendem Gewicht ergibt sich nur dann, wenn sich die Ladenöffnung räumlich und zeitlich im Wesentlichen an der Veranstaltung orientiert. In Fällen dieser Art trägt die durch die Veranstaltung vorgegebene Begrenzung nach Auffassung des Landesgesetzgebers die auch vor dem Hintergrund der zu wahrenden Wettbewerbsneutralität und mit Blick auf die Durchbrechung der Sonn- und Feiertagsruhe verfassungsrechtlich erforderliche, aber auch ausreichende Rechtfertigung in sich.

Soweit die Ladenöffnung wegen der weiterreichenden Ausstrahlungswirkung einer besonders attraktiven oder umfangreichen Veranstaltung nicht nur auf ihr Umfeld begrenzt werden oder zeitlich von der Veranstaltung abweichen soll, greift die Vermutungsregelung zur Nachweiserleichterung hingegen nicht mehr ein.“

Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 17. Juli 2019 – 4 D 36/19.NE –, Rn. 63 - 66, juris

Diese Beschränkung der Vermutungsregel in der Rechtsprechung des OVG NW hat durch das BVerwG eine weitere Beschränkung erfahren, als die Vermutungsregel nur in typischen Fallkonstellationen gelten könne. In atypischen Fällen sei eine Besucherprognose erforderlich: „Ein atypischer Fall in diesem Sinne ist dann anzunehmen, wenn konkrete Tatsachen dafür sprechen, dass die Zahl der von der Ladenöffnung angezogenen Besucher die Zahl der Veranstaltungsbesucher überwiegt. Solche Indizien können sich etwa aus dem Umfang der von der Ladenöffnung betroffenen Verkaufsfläche oder der Zahl der erfassten Verkaufsstellen ergeben.“ BVerwG, Urteil vom 22. Juni 2020 – 8 CN 3/19 –, BVerwGE 168, 356-368, Rn. 25.

Zusammengefasst lassen sich also drei Bereiche unterscheiden: das unmittelbare Umfeld der Veranstaltung, in denen eine Ladenöffnung bei Veranstaltungen zulässig ist, die einen beträchtlichen Besucherstrom auslösen, sofern nicht aufgrund der Verkaufsfläche eine Besucherprognose erforderlich ist. Daran anschließend der Bereich, in dem die Veranstaltung als solche für die Besucher erkennbar ist. Hier ist stets eine Besucherprognose erforderlich. Schließlich ein Bereich, in dem der Bezug zur Veranstaltung nicht mehr erkennbar ist. Hier sind Ladenöffnungen nur ausnahmsweise bei Veranstaltungen von nationaler Bedeutung zulässig.

Voraussetzung einer Abschätzung des Besucherinteresses an der Veranstaltung ist die konkrete Beschreibung der Veranstaltung. Die Beschreibung muss so konkret sein, dass sie eine Abschätzung des Besucherinteresses zulässt.

Diese Beschreibung der Veranstaltung ist auch aus Gründen der Normenklarheit und der Bestimmtheit der ordnungsbehördlichen Verordnung erforderlich. Denn es muss hinreichend bestimmt sein, welche Veranstaltung in welcher Ausgestaltung tatbestandliche Voraussetzung der Ladenöffnung ist. Denn findet die Veranstaltung nicht in der vom Ordnungsgeber vorausgesetzten Art und Weise statt, sind auch die Voraussetzungen Ladenöffnung nicht gegeben, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 04. September 2020 – 4 B 1331/20.NE –, Rn. 4, juris.

Eine solche Beschreibung ist nicht hinreichend vorhanden. Ferner ist bei der Prognose das Interesse am Besuch der Verkaufsstätten dem Interesse am Besuch des Bauernmarktes gegenüber zu stellen.

Der geplante verkaufsoffene Sonntag wird von uns abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen


Monika Grothe
Gewerkschaftssekretärin